

RESEARCH

Andreas Wagner

Doing Grassroots

Die Organisation von Communities
in der Entwicklungszusammenarbeit

 Springer VS

Doing Grassroots

Andreas Wagner

Doing Grassroots

Die Organisation von Communities
in der Entwicklungszusammenarbeit

Andreas Wagner
Freiburg i. Br., Deutschland

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Philosophie
(Dr. phil.) vorgelegt am 22.07.2014, Disputation am 30.09.2014

Fachbereich 1 Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Stiftung Universität Hildesheim

Erstgutachter: Prof. Dr. Stephan Wolff

Zweitgutachter: Prof. Dr. Wolfgang Schröer

ISBN 978-3-658-10622-5

ISBN 978-3-658-10623-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-10623-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Danksagung

Die Anfertigung einer Promotionsarbeit mag von außen betrachtet wie eine Einzelleistung des Verfassers erscheinen. Aufgrund der Unterstützung, die ich über die vergangenen Jahre erfahren habe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass dem nicht so ist. Die Realisierung der vorliegenden Arbeit wäre ohne die Hilfe zahlreicher Personen in dieser Form nicht möglich gewesen. Diesen Menschen soll daher mein Dank gelten.

An erster Stelle möchte ich mich bei den Betreuern meines Promotionsvorhabens Prof. Stephan Wolff und Prof. Wolfgang Schröder bedanken. Ihre wertvollen Ratschläge und kritischen Anmerkungen haben zur ständigen Verbesserung des Vorhabens geführt und mir bei Zweifeln zuversichtlich den Weg zum Ziel gewiesen.

Daneben gilt mein besonderer Dank den Kolleginnen und Kollegen des Promotionsprogramms »Soziale Dienste im Wandel« der Universität Hildesheim. Im Einzelnen möchte ich Timo Ackermann, Christiane Bähr, Fabian Brückner, Britta Karner, Claudia Muche, Dr. Christian Schröder, Dr. Julia Schröder und Miriam Sitter für die vielen anregenden Diskussionsrunden, intensiven Workshops und konstruktiv-kritischen Auseinandersetzungen mit meinem Dissertationsprojekt danken.

Besonderer Dank gilt auch den Betreuenden des Promotionsprogramms und den vielen externen Gästen, welche die Jahre über Sitzungen und Workshops durch ihre Perspektive und ihr Wissen bereichert haben. Ganz besonders sei Prof. Meike Baader, Prof. Peter Cloos, Prof. Ulrike Froschauer, Prof. Axel Grönemeyer, Dr. Christoph Haug, Prof. Thomas Klatetzki, Prof. Dieter Neubert, Prof. Inga Truschkat, Prof. Thomas Scheffer und Prof. Kirsten Scheiwe für ihre anregenden Kommentare gedankt.

Nicht zu vergessen sind die Mitarbeiterinnen des Instituts für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim Tabea Noack und Sabine Laus, deren Arbeit das Promotionsvorhaben nicht nur in Bezug auf das Überwinden bürokratischer Hürden ermöglicht haben. Gedankt sei auch den Angehörigen des »Research Cluster Transnational Social Support«, im Besonderen Lucia Artner, Annett Bochmann, Dr. Andreas Herz, Dr. Katharina Mangold und

Dr. Jan Steinhöfel für die anregenden Interpretationssitzungen und ihre hilfreichen Hinweise zur Arbeit.

Besonderer Dank gilt den Mitarbeitenden der von mir untersuchten Organisation und den über 1000 Personen, die sich an den vielen von mir durchgeführten Interviews und Diskussionen bereitwillig und mit großer Offenheit beteiligten und mir vielfältige Einblicke in ihre Lebenswelt ermöglichten.

Nicht zuletzt gilt mein Dank dem Land Niedersachsen, ohne dessen finanzielle Unterstützung durch das großzügige Stipendium ich die Arbeit nicht hätte umsetzen können.

Ganz besonders möchte ich mich bei meiner Familie und meinen Freunden für ihren unermüdlichen Glauben in das Gelingen meines Vorhabens bedanken. Und letztlich gilt mein großer Dank meiner Lebensgefährtin Eva Jerger, die mir über die Jahre hinweg immer verlässlichen Halt und wertvollen Rat gegeben hat.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	xi
------------------------------------	-----------

Abkürzungsverzeichnis	xiii
------------------------------------	-------------

Teil I: Einleitung	1
---------------------------------	----------

1. Die ›Waisenkrise‹ in Subsahara-Afrika	3
2. Gemeinwesenorientierte Entwicklungszusammenarbeit.....	7
2.1 Empowerment und ›Hilfe zur Selbsthilfe‹.....	9
2.2 Zusammenarbeit und Partizipation	11
3. Aufbau und Gliederung der Arbeit	17

Teil II: Forschungsstand	21
---------------------------------------	-----------

4. Praxisnahe Studien zu gemeindebasierter Unterstützung von Kindern	23
4.1 Charakteristika, Motive und Hemmnisse gemeindebasierter Hilfe .	25
4.2 Die organisationale Förderung gemeindebasierter Hilfe	26
4.3 Die Wirksamkeit von Gemeindeinitiativen	29
4.4 Die Arbeit mit Communities als optimierbare Förderung	32
5. Die Community aus gouvernementalistischer Perspektive	35
5.1 Die Arbeit mit Communities als Regierungstechnik	35
5.2 Communities in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit	42
5.3 Die Organisation von Gemeinwesen als Sozialtechnologie	46
5.4 Die Community als Gegenstand von Governance	49
6. Entwicklungsprojekte aus interaktionistischer Perspektive	51
6.1 Zusammenarbeit als Aushandlungsprozess	54
6.2 Die Rolle lokaler Entwicklungsmakler	62
6.3 Organisationen und Entwicklungszusammenarbeit	71
6.4 Zusammenarbeit als Grenzarbeit und Aushandlung	82
7. Die vernachlässigte Perspektive auf Herstellungsprozesse.....	85

Teil III: Erhebungsdesign	89
8. Ethnografie und die Konstruktion des Feldes	91
8.1 Ansatz und Untersuchungsfeld	91
8.2 Das Feld als Terrain.....	92
8.3 Forschungsfokus und Gegenstandsbestimmung	98
9. Erhebung und Auswertung	103
9.1 Feldzugang	103
9.2 Feldaufenthalte, Erhebung und Sample	105
9.3 Methoden.....	108
9.4 Auswertung der Daten	123
10. Reflexion des Erhebungsdesigns und der Umsetzung	127
Teil IV: Empirische Analyse	131
11. Doing Community: Die Herstellung von Gemeinde und Gemeinschaft ...	135
11.1 Besonderheiten der Arbeit im Feld.....	136
11.2 Die Bedeutung von Tradition und Kultur für Projekte	153
11.3 Die Bedeutung der Religion für die Zusammenarbeit	181
11.4 Die Herstellung von Gemeinde und Gemeinschaft.....	201
12. Organising Community: Die Herstellung organisatorischer Anschlussfähigkeit.....	205
12.1 Die Mobilisierung und Formierung der Community	206
12.2 Trainings und Capacity Building.....	226
12.3 Der organisatorische Anschluss der Gemeindegruppen	252
12.4 Die Herstellung organisatorischer Anschlussfähigkeit	261
13. Negotiating Ownership: Grenzarbeit um Eigentümerschaft	265
13.1 Das Verhältnis der Entwicklungspartner	266
13.2 Ressourcen, Aufgaben und Partizipation.....	286
13.3 Das Übernehmen und -geben von Verantwortung.....	320
13.4 Eigentümerschaft als Projektziel	349
Teil V: Schlussfolgerung	355
Literaturverzeichnis	367

Anhang.....	383
1. Transkriptionssystem	383
2. Liste der Beobachtungs- und Gesprächsprotokolle.....	383
3. Liste der Interviews und Gruppendiskussionen	384
3.1 Erhebung in Sambia im Rahmen der Dissertation	384
3.2 Erhebung im Rahmen des Gutachtens	386

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Der »Philanthropic-Arc«.....	78
Abb. 2: Organisationales Verortungsraster.....	79
Abb. 3: Situation nach einer Gruppendiskussion mit Vertretenden einer CSA	176
Abb. 4: Register der unterstützten Kinder einer CBO	231
Abb. 5: Plakat der Organisationsstruktur einer CBO.....	240
Abb. 6: Statistiken im Büro einer äthiopischen CBO	241
Abb. 7: Name, Logo und Vision Statement einer CBO in Sambia.....	243
Abb. 8: Name, Logo, Vision und Mission Statement einer CBO	243
Abb. 9: Darstellung verschiedener capacities einer CBO während eines OCB-Workshops	245

Abkürzungsverzeichnis

ADC	Area Development Council
AI	Appreciative Inquiry
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
CABA	Children Affected by AIDS
CBO	Community-Based Organisation
CDF	Community Development Funds
CDW	Community Development Worker
CPA	Comprehensive Programme Approach
CSA	Community Support Alliance
CHAZ	Churches Health Association of Zambia
CP	Child Protection
DF	Development Facilitator
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAWEZA	Forum for African Women Educationalists of Zambia
FBO	Faith-Based Organisation
FSG	Faith Support Group
GCA	Global Child Aid
GD	Group Discussion / Gruppendiskussion
GIK	Gifts in Kind
HBC	Home Based Care
Herv. i. O.	Hervorhebung im Original
HIV	Human Immunodeficiency Virus
HV	Home Visitor
I	Interview / Interviewer
IATT	Inter-Agency Task Team on Children and HIV and AIDS
IGA	Income Generating Activity
JLICA	Joint Learning Initiative on Children and HIV / AIDS
MoU	Memorandum of Understanding
MVC	Most Vulnerable Children
NGO / NRO	Non-Governmental Organisation / Nichtregierungsorganisation
OCB	Organisational Capacity Building

OVC	Orphans and Vulnerable Children
OSA	Organisational Self-Assessment
PfC	Philanthropy for Community
PoC	Philanthropy of Community
PSS	Psychosocial Support
RDP	Rural Development Programme
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV / AIDS
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations Children's Fund
USAID	United States Agency for International Development
VCT	Voluntary Counseling and Testing

Teil I: Einleitung

In der Entwicklungszusammenarbeit haben gemeindebasierte Entwicklungsprojekte und die Arbeit mit Graswurzelorganisationen besonders seit den 1980er Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen und wurden seither unter verschiedenen Gesichtspunkten wissenschaftlich reflektiert. Die Forschungsschwerpunkte liegen dabei im Bereich der Wirkungsanalyse und fokussieren Aspekt des Empowerment und der Partizipation der lokalen Bevölkerung. Auch die Rolle des Wissens innerhalb der Projekte, die Modi der Zusammenarbeit und die hierfür benötigten organisatorischen Voraussetzung sowie deren machtanalytische Deutung können als die bisherigen Kernthemen der Forschung identifiziert werden. Die vorliegende ethnografische Studie untersucht hingegen die Konzeptualisierung der Praktik der Zusammenarbeit zwischen internationalen NGOs und lokalen *communities* an sich am Beispiel des Aufbaus gemeindebasierter sozialer Sicherungsnetze für vulnerable Kinder.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mittels einer interaktionistischen Akteursperspektive Wissen über die praktische Umsetzung von gemeinwesenorientierten Entwicklungsprojekten und den dahinter verorteten Rationalitäten zu erlangen. Es wird somit primär eine organisationale Praktik der Entwicklungszusammenarbeit beschrieben, die auf mehreren Ebenen auf die Organisation von *communities* ausgerichtet ist. Mit anderen Worten: Es soll aufgezeigt werden, wie Graswurzelarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit ›gemacht‹ beziehungsweise hergestellt wird.

Zur Beschreibung dieses Prozesses der gemeinsamen Herstellung von Graswurzelprojekten wird das Konzept des *doing grassroots* eingeführt. Das

doing grassroots steht hierbei für einen Aushandlungsprozess¹, der an der Schnittstelle zwischen NGO und Gemeinden praktiziert und sichtbar wird. Das heißt eine Praxis, die sich in sozialen Interaktionen zwischen Mitarbeitenden² der NGO und den Mitgliedern lokaler Gemeinden sowie in Gesprächen mit Mitarbeitenden und Gemeindemitgliedern zeigt und dabei bestimmten Rationalitäten folgt. Hierbei geht es zum einen um die Frage, wie die Entwicklungspartner gemeinsam das herstellen³, was als gemeindebasiertes Entwicklungs- oder Graswurzelprojekt bezeichnet wird. Zum anderen geht es um die organisationale Praxis der Umsetzung solcher Projekte.

Bevor nun die Praktik des *doing grassroots* beschrieben wird, soll vorab in den Problemkontext und den Gegenstand des Forschungsfeldes eingeführt werden. Hierfür wird zuerst die durch die HIV- und AIDS-Epidemie hervorgerufene ›Waisenkrise‹ in Subsahara-Afrika besprochen. Daran anschließend werden die Grundzüge der gemeinwesenorientierten Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. Zum Abschluss dieser Einleitung werden der Aufbau und die Gliederung der vorliegenden Arbeit vorgestellt.

1 Zum Begriff der Aushandlung vgl. Meuser (2007).

2 In der vorliegenden Arbeit wurde weitestgehend versucht, eine gendergerechte Sprache zu verwenden, auch wenn dies bei einzelnen Formulierungen etwas umständlich erscheinen kann. In wenigen Ausnahmen war es unvermeidbar, auf die rein männliche Bezeichnung zurückzugreifen, selbst wenn hier keine geschlechtsspezifische Deutung impliziert wird.

3 Im Sinne eines »doing things together« (Becker 1986).

1. Die ›Waisenkrise‹ in Subsahara-Afrika

Weltweit sind Millionen von Kindern von den Auswirkungen der HIV- und AIDS-Epidemie betroffen. Diese Kinder können entweder selbst mit dem Virus infiziert sein, Angehörige oder Bekannte aufgrund von AIDS verloren haben oder aufgrund der sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Epidemie in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese negativen Effekte der Epidemie machen sich insbesondere in den Ländern mit hoher HIV-Prävalenz⁴ bemerkbar, welche zugleich zu den ärmsten Regionen der Welt gehören. Hierzu zählen vor allem die Länder in Subsahara-Afrika.⁵ Die negativen Folgen für die Kinder HIV-infizierter Eltern beginnen spätestens mit dem Ausbruch von AIDS und der damit verbundenen Leidensphase. Ausgaben für Medikamente, der Ausfall der Arbeitskraft und damit des Einkommens und die Pflege der Erkrankten sowie die stärkere Einbindung in Aufgaben des täglichen Lebens beeinträchtigen die Lebenssituation der Kinder wechselseitig. Die Verarmung der Haushalte verwehrt den Zugang zu Bildung, führt zu gesteigertem Arbeitsaufwand und birgt die Gefahr sozialer Exklusion. Die Kinder erfahren spätestens mit dem Tod der Eltern einen ökonomischen und sozialen Abstieg und können zudem lange darüber hinaus traumatisiert sein. Die traumatischen Erfahrungen können dadurch potenziert werden, dass die Kinder oftmals beide Elternteile und häufig auch ihre Geschwister aufgrund der Epidemie verlieren, was auf die Übertragungswege des Virus zurückzuführen ist (vgl. zur Situation HIV- und AIDS-betroffener Kinder z. B. Foster / Williamson 2000).

Soweit dies möglich ist, werden die Kinder üblicherweise bereits während der Krankheitsphase der Eltern von ihren Verwandten und Angehörigen versorgt und spätestens mit dem Tod der Eltern in einem der Haushalte ihrer erweiterten

4 Der epidemiologische Begriff der Prävalenz meint die Gesamtanzahl der Infizierten. Mit der Prävalenzrate unter Erwachsenen ist dabei der prozentuale Anteil von HIV-positiven Menschen unter den 15 bis 49jährigen einer Gesamtbevölkerung gemeint. Die Inzidenz bezeichnet dagegen Neuinfektionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

5 Laut Schätzungen von UNICEF (2013) hatten 2012 weltweit 17,8 Millionen Kinder ein oder beide Elternteile aufgrund von AIDS verloren. 15,1 Millionen davon in Subsahara-Afrika (S. 81).

Familie untergebracht.⁶ Aus diesem sozialen Sicherungsmechanismus resultiert in Ländern mit hoher Prävalenz, dass aufgrund der hohen Todesraten innerhalb der Elterngeneration immer mehr Kinder vom sozialen Sicherungsnetz der erweiterten Familie aufgefangen werden müssen. Aufgrund der steigenden Zahl an Kindern je Haushalt (und damit pro Einkommen) sind neben den Waisenkindern ebenfalls die Kinder der aufnehmenden Haushalte einer materiellen und emotionalen Belastung ausgesetzt. Entsprechend wird von ›HIV- und AIDS-Betroffenen‹ gesprochen, da mit fortschreitender Epidemie und gesteigerten Waisenraten die Anzahl der Personen steigt, die mit einem Haushaltseinkommen versorgt werden müssen. Das soziale Sicherungsnetz der erweiterten Familie in Hochprävalenzländern durchläuft angesichts der Auswirkungen der Epidemie eine Transformation. Da überwiegend Menschen aufgrund AIDS-bedingter opportunistischer Infektionen sterben, die das Einkommen der Haushalte erwirtschaften, kümmern sich zunehmend ältere Angehörige um kranke Menschen sowie um die hinterlassenen Kinder Verstorbener (vgl. z. B. Foster / Williamson 2000).

In Anbetracht der beschriebenen starken Belastung und der damit verbundenen Schwächung der erweiterten Familie als sozialer Sicherungsinstitution für die betroffenen Kinder drängt sich die Frage nach einer mittel- und langfristigen Überlastung des traditionellen sozialen Sicherungsnetzes auf. Eine Versorgung der Kinder in Waisenhäusern oder mittels Adoption scheint angesichts der großen Zahl an Waisenkindern nicht möglich und auch nicht die bevorzugte Option für die Kinder zu sein. So wird es unter mehreren Gesichtspunkten als wünschenswert erachtet, die Kinder in ihrem gewohnten sozialen Umfeld zu lassen und die häusliche Versorgung bereits vor dem Tod der Eltern durch Unterstützungsprogramme zu fördern (vgl. z. B. Phiri / Tolfree 2007). Eine solche Unterstützung im Bereich der sozialen Existenzsicherung wird überwiegend von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitgestellt;

6 Ausnahmekonstellationen hierzu stellen von Kindern geführte Haushalte dar. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass selbst in solchen Situationen oftmals eine Unterstützung durch Verwandte erfolgt, auch wenn die Kinder nicht in deren Haushalt leben (vgl. z. B. Foster et al. 1997).

jedoch reicht diese Hilfe nicht aus, alle bedürftigen Familien und Kinder zu erreichen (vgl. Weinreich / Benn 2009, S. 135).⁷ Vor dem kulturellen und traditionellen Hintergrund der erweiterten Familie im südlichen Afrika wurden darüber hinaus Überlegungen angestellt, eine Adaption dieser traditionellen Solidargemeinschaft an die gegebene Situation zu unterstützen. Erste lokale gemeindebasierte Hilfsinitiativen für HIV- und AIDS-betroffene Kinder nahmen ihre Arbeit bereits Ende der 1980er Jahre auf und mit der Jahrtausendwende erscheint die Förderung solcher Initiativen auch zunehmend auf der Agenda internationaler Organisationen.⁸ UNICEF und eine Vielzahl an Partnerorganisationen forderten in diesem Zusammenhang 2004 in ihrem Strategiepapier *The Framework for the Protection, Care and Support of Orphans and Vulnerable Children Living in a World with HIV and AIDS*, die Kinder so lange als möglich in ihren Familien und ihrer vertrauten Umgebung zu lassen und eine stärkere Einbeziehung der Gemeinden bei der Unterstützung vulnerabler Kinder vorzunehmen.⁹ Im *framework* lautet die Aufforderung nach stärkerem Einbezug der als solche bezeichneten *communities* folgendermaßen:

When families cannot adequately meet the basic needs of their children, the community is a safety net in providing essential support. In practice, care of orphans and vulnerable children comes from nuclear families surviving with community assistance, extended families able to cater for increased numbers with community assistance, and, in extreme cases, communities caring for children in child-headed households or with no family involvement. Reinforcing the capacity of communities to provide support, protection and care is the foundation of a response that will match the scale and long-term impact of the HIV/AIDS crisis for children (UNICEF 2004, S. 19).

7 Auch wenn diesbezüglich Fortschritte erzielt wurden, erhielten laut UNICEF (2013) beispielsweise 2012 im Hochprävalenzland Sambia lediglich 19 % der in die Untersuchung aufgenommenen Haushalte externe Unterstützung (vgl. S. 81).

8 Für eine umfangreiche Chronik der Ereignisse vgl. Foster et al. (2007), insbesondere S. 279–284.

9 Diese Position wurde von UNICEF in den Folgejahren mehrfach bekräftigt (vgl. z. B. im 2006 erschienenen *Caring for Children Affected by AIDS Report* und 2007 im *Enhanced Protection for Children Affected by AIDS*-Bericht). Eine Förderung gemeindebasierter Unterstützung wird im Übrigen auch von der *Working Group on Social Protection* des *Inter-Agency Task Team (IATT)* (2008) und der *Joint Learning Initiative on Children and HIV/AIDS (JLICA)* (Irwin et al. 2009) gefordert. Im aktuellen sechsten UNICEF-Bericht (2013) zu Kindern und AIDS wird insbesondere eine Stärkung der Verbindungen zwischen Hilfsprogrammen und den nationalen wie den lokalen gemeindebasierten Hilfestrukturen gefordert (vgl. S. 20 f.).

Konkret wird die Mobilisierung und Unterstützung gemeindebasierter Hilfsaktivitäten gefordert. Darunter ist der Einbezug der *local leaders* in die Reaktion auf die Nöte vulnerabler Mitglieder der *communities* zu verstehen sowie die Organisation und Unterstützung von Maßnahmen innerhalb der *communities*, die einen offeneren Umgang mit dem Thema HIV und AIDS befördern. Außerdem soll die Organisation kooperativer Unterstützungsaktivitäten für betroffene Familien und die Förderung gemeindebasierter Pflege und Versorgung von Kindern, die nicht von ihren Angehörigen aufgenommen werden können, propagiert werden (vgl. ebd.).

Durch die Verbreitung von antiretroviralen Medikamenten und präventiven Maßnahmen konnte die Zahl der Menschen, die aufgrund der Epidemie sterben, gesenkt werden, auch wenn die Raten der Neuinfektionen in den am stärksten betroffenen Ländern noch immer sehr hoch sind (vgl. UNAIDS 2013). Zur gleichen Zeit sind die Förderprogramme und -mittel für direkte Interventionen im Hinblick auf HIV und AIDS zurückgegangen und ihr Schwerpunkt hat sich auf die medizinische Versorgung verlagert. Viele der in der Gemeindeunterstützung engagierten internationalen Hilfsorganisationen haben aufgrund dieser Entwicklungen damit begonnen, HIV als eine chronische Erkrankung unter Vielen anzusehen und dementsprechend den Fokus ihrer Programme angepasst. So liegen beispielsweise die Projektschwerpunkte nicht mehr auf AIDS-bedingten Waisen und allgemein von den Folgen der AIDS-Epidemie betroffenen Kindern, sondern wurde generell auf vulnerable Kinder ausgeweitet. An der Forderung nach stärkerem Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Unterstützungsarbeit HIV- und AIDS-Betroffener hat dies wenig verändert. Vielmehr wird inzwischen eine weiterreichende Verknüpfung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Unterstützungsstrukturen gefordert, deren lokale Basis zivilgesellschaftliche Organisationen darstellen sollen (vgl. z. B. den Weltbankbericht von Bonnel et al. 2013).

2. Gemeinwesenorientierte Entwicklungszusammenarbeit

Die Förderung gemeinwesenorientierter Entwicklungsprojekte ist kein neues Phänomen, das alleinig auf Unterstützungsversuche für Kinder im Zuge der HIV- und AIDS-Epidemie zurückzuführen ist. Erste Versuche partizipativer Entwicklungsprojekte reichen bis in die 1950er und 1960er Jahre zurück. Aufgrund wachsender Skepsis und der vorherrschenden Meinung, dass nur der Staat öffentliche Güter bereitstellen und Gemeinbesitz regulieren könne sowie Privatbesitz sichern müsse, wurden diese Projekte vorerst wieder eingestellt. Mitte der 1980er Jahre nahm die Kritik an großangelegten Entwicklungsprojekten aufgrund steigenden Unmuts über ausbleibende Entwicklungserfolge zu. Anstelle von ineffektiven Großprojekten und als bevormundend bezeichneten *top-down*-Ansätzen¹⁰ wurden wieder zunehmend kleinere, partizipative Graswurzelprojekte gefordert, welche die ›Armen‹ als aktive Teilnehmende in den Entwicklungsprozess einbeziehen sollten. Diese zweite Welle führte dazu, dass partizipative gemeindebasierte Projektansätze in den Mainstream der Entwicklungszusammenarbeit gelangten und bis heute eine der am schnellsten wachsenden Projektformen darstellen (vgl. Mansuri / Rao 2004, S. 4 ff.).

Mit diesen Veränderungen ging auch ein Wandel im Verständnis von Entwicklung einher. Entwicklung wurde während des 20. Jahrhunderts lange als universell gültiger und linearer Prozess verstanden. Ab den 1970er Jahren wurde diese Auffassung jedoch zunehmend in Frage gestellt. In Anbetracht der globalen Machtverhältnisse wurde insbesondere die ethno- oder eurozentristische Perspektive auf Entwicklungsprozesse kritisiert, aus deren Sicht sich die als ›unterentwickelt‹ bezeichneten Länder dem Vorbild des ›politischen Westens‹ oder ›globalen Nordens‹ folgend quasi nachholend entwickeln sollten. Seit den 1980er und besonders den politischen Umbrüchen der 1990er Jahren, in denen sich die ›westlichen‹ Ideale von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft als Leitbilder durchgesetzt haben, wird Entwicklung zunehmend als ein subjektiver Prozess verstanden, was zusammen mit der Einsicht in die Begrenzt-

10 Dabei handelt es sich um einen Entwicklungsansatz, bei dem davon ausgegangen wird, dass sich Entwicklung über zentralisierte und gewissermaßen planmäßig von ›oben‹ vorgegebene Maßnahmen, nach ›unten‹ zur Bevölkerung hin einstellen würde.

heit natürlicher Ressourcen alternative Entwicklungskonzepte erforderlich machte. Dennoch wird weiterhin versucht, Entwicklung gewissermaßen objektiv anhand von Indikatoren und Indizes mess- und vergleichbar zu machen¹¹, was aufgrund der Auswahl der Indikatoren aber auch als eine selektive und normative Vorstellung gesellschaftlicher Entwicklung angesehen werden kann.¹² Ein subjektiver Ansatz mit universellem Gültigkeitsanspruch findet sich heute in der Vorstellung von Entwicklung als einer Befreiung von unterdrückenden Strukturen und der damit einhergehenden Freiheit zu einer selbstgewählten Zukunftsgestaltung (vgl. Novy 2007).

Entwicklung in diesem Sinne wird auch mittels gemeinwesenorientierter Projekte angestrebt. Allgemein wird gemeindebezogenen Entwicklungsprojekten mehrheitlich zugeschrieben, dass sie nachhaltig, effizient und effektiv sind, eine weitreichende Armutsbekämpfung ermöglichen, inkludierende Ansätze verfolgen, zum Empowerment armer Menschen beitragen, soziales Kapital bilden helfen, *governance* stärken sowie den Markt und den Privatsektor fördern. Die Vertreter und Vertreterinnen dieser Ansätze gehen zudem davon aus, dass partizipative, gemeinwesenorientierte Projekte beispielsweise beim *targeting*, der Identifikation von Zielgruppen, und hinsichtlich der Art der erforderlichen Hilfe Informationsprobleme verhindern. Darüber hinaus wird unterstellt, dass sie die zur Verfügung stehenden Projektmittel den entsprechenden Zielgruppen zugänglich machen und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen beitragen. Weiter wird davon ausgegangen, dass durch partizipative Projekte eine Machtverschiebung hin zu armen Menschen bewirkt werden kann, indem *agency* für sie geschaffen wird und sie in Folge dessen selbst über Ressourcen verfügen können. Dies soll darüber hinaus zu einer besseren Bedarfsdeckung sowie Mittel- und Leistungsverteilung beitragen. Weiterhin wird von den Projekten erwartet, dass sie eine stärkere Responsivität von Regierungen bewirken und

11 Dies wird beispielsweise mittels Indikatoren wie der durchschnittlichen Lebenserwartung, dem Bruttoinlandsprodukt oder Indizes wie dem *Human Development Index*, der vom United Nations Development Programme (UNDP) aus den Indikatoren Lebenserwartung, Bildung beziehungsweise Schulbesuch und dem Einkommen errechnet wird, angestrebt (vgl. UNDP 2013, S. 1).

12 Vgl. zum Diskurs um den Begriff der Entwicklung Ziai (2011).

zur Kapazitäts- und Kapabilitätssteigerung der Betroffenen führen, um eigenständig Entwicklungsanstrengungen zu unternehmen. Gemeindebasierte Entwicklungszusammenarbeit setzt darauf, dass *communities* ihr soziales Kapital dazu einsetzen, sich zu organisieren und an Entwicklungsprozessen zu partizipieren (vgl. Mansuri / Rao 2004). Diese Auffassung wird jedoch nicht uneingeschränkt geteilt. Kühl (2004) merkt beispielsweise an, dass die Entwicklungszusammenarbeit selbst nicht zwingend effizienzgerichtet arbeitet, sondern gewissen ›Moden‹ folgt, durch welche sie eine Legitimation ihrer selbst anstrebt.

2.1 Empowerment und ›Hilfe zur Selbsthilfe‹

Die Projektarbeit mit *communities* vor Ort kann allgemein als Soziale Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit kontextualisiert werden.¹³ Generell liegt der Fokus dieser Entwicklungszusammenarbeit auf der Armut- und Hungerbekämpfung sowie der Ermöglichung des Zugangs zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung sowie der Prävention von Krankheiten. Soziale Arbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert dementsprechend andere Problemlagen und Zielgruppen als Soziale Arbeit in Europa oder Nordamerika (vgl. Rehklaue / Lutz 2007, S. 26 ff.). Sie hat sich zum Ziel gesetzt, langfristige und nachhaltige Entwicklungsprozesse anzustoßen, durch die sich das Leben der Menschen vor Ort verbessern soll. Neben der Nothilfe, zum Beispiel im Bereich der medizinischen Versorgung, und der Anwaltschafts- und politischen Lobbyarbeit sollen die Menschen vor Ort durch Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden von Entwicklungsorganisationen in erster Linie zu einer ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ befähigt werden (vgl. Midgley 2010). An dieses Verständnis von Entwicklung anknüpfend, will diese Form der Entwicklungszusammenarbeit die vor Ort lebenden Menschen befähigen, sich selbst zu helfen. Sie will durch ihre Projekte zum Empowerment der ›Partner‹ und dadurch zu deren Selbsthilfe beitragen. Empowerment meint hierbei die Stärkung lokaler Gruppen, zum Beispiel durch

13 Vgl. hierzu Wagner 2013b.

den Transfer von Wissen, die Steigerung ihrer Produktivität durch *capacity building*, durch ökonomische Stärkung und der Ermöglichung von Mitbestimmung sowie den Aufbau lokaler Organisationsstrukturen, was zu einer nachhaltigen Wirkung auf die lokale Entwicklung führen soll. Grundsätzlich sollen die Menschen zu einer freien Wahl ihrer Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten ermächtigt werden (vgl. Rehklau/Lutz 2007, S. 24–28). Dabei sollen die Entwicklungsorganisationen lediglich Hilfestellung geben, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Trainings. In den Trainings sollen die Menschen Fähigkeiten erlangen, die ihnen in ihrem Alltag helfen, produktiver zu wirtschaften (beispielsweise mittels neuer Anbaumethoden oder Mikrokrediten), Gefahrenquellen für die Gesundheit auszuschließen (etwa durch den Zugang zu sauberem Wasser über den Bau von Brunnen), durch verbesserte Bildungschancen (durch den Bau von Schulen oder mittels Alphabetisierungsprojekten) und aktiv ihre Rechte einzufordern (etwa durch Anwaltschaftsarbeit gegenüber staatlichen Institutionen).

Soziale Arbeit in Subsahara-Afrika war auch nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder von der kolonialen Herrschaft noch stark an europäischen oder ›westlichen‹ Konzepten orientiert. Um jedoch den lokalen Gegebenheiten in höherem Maße gerecht zu werden, wurde eine ›Indigenisierung‹ gefordert, die durch eine Anpassung der Ausbildung und einer dem sozio-kulturellen Kontext entsprechenden Praxis zum Ausdruck kommen sollte. Entwicklungszusammenarbeit in diesem Sinne zielt folglich auf die Befähigung der Menschen auf lokaler Ebene und zugleich auf die Veränderung staatlicher und internationaler Strukturen ab, die diese lokale Lebenswelt prädominieren. An die Stelle der Hilfe werden dabei die Befähigung zur Selbstorganisation und das Empowerment gesetzt, um soziale Entwicklung zu ermöglichen. Mit diesem Ansatz verbunden ist eine Ausrichtung der Sozialen Arbeit, die sich nicht nur durch konkrete Fallarbeit kennzeichnet, sondern sozialräumlich orientiert und mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenssituation lokaler Gemeinschaften am Gemeinwesen ausgerichtet ist (vgl. Rehklau/Lutz 2007, S. 26–35). Diese Form der Indigenisierung ist auch kennzeichnend für die Entwicklungszusammenarbeit,

was sich beispielsweise am überwiegenden Einsatz von lokalen Mitarbeitenden vor Ort erkennen lässt.

So kommentieren Homfeldt / Schmitt (2011), die Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Form als Soziale Arbeit hätte sich vor Ort

den gesellschaftlichen Realitäten angepasst und begriffen, dass eine reine Fallorientierung kaum nachhaltige Entwicklungen hervorrufen kann. Wegen der wenig ausgebauten staatlichen Versorgungsstruktur hat sie sich zur Aufgabe gemacht, ganze Gemeinwesen zu befähigen und gleichzeitig an der Implementierung handlungsermächtigender Strukturen mitzuwirken (S. 16).

Das Konzept der Indigenisierung bezeichnet auch den Versuch, lokale Ressourcen zu nutzen und an bestehende sozio-kulturelle Strukturen und Unterstützungsmechanismen anzuknüpfen. Exemplarisch können der Einbezug der in Subsahara-Afrika einflussreichen lokalen *chiefs* und die vorhandenen sozialen Sicherungsstrukturen genannt werden wie etwa die der erweiterten Familie (vgl. Rehklau / Lutz 2007, S. 31 f.).

2.2 Zusammenarbeit und Partizipation

Der Begriff der ›Entwicklungszusammenarbeit‹ hat innerhalb des professionellen Entwicklungsdiskurses den der ›Entwicklungshilfe‹ ersetzt. Dieser semantische Wandel kann auf die oben bereits erwähnte Kritik an groß angelegten Entwicklungsprojekten Mitte der 1980er Jahre zurückgeführt werden, durch welche das Konzept der Partizipation innerhalb des Diskurses zunehmend an Bedeutung gewann (vgl. Mansuri / Rao 2004, S. 4 ff.).¹⁴ Im professionellen Bewusstsein setzte sich die Ansicht durch, dass Begünstigte von Entwicklungsprojekten Mitsprache bei Entscheidungen erhalten sollten, welche die Art der Hilfe und damit ihr Leben betreffen (vgl. Cook / Kothari 2001). Dem Konzept der Zusammenarbeit folgend, werden Entwicklungsprojekte nicht nur direkt durch Ent-

14 In der vorliegenden Arbeit wird ebenfalls der Begriff der Entwicklungszusammenarbeit verwendet, auch wenn die Gefahr eines Euphemismus durch eine rein rhetorische Umdeutung des alten Hilfeverständnisses gesehen wird.

wicklungsorganisationen umgesetzt wie etwa im Fall der Finanzierung und Errichtung von Schulen oder durch die Bohrung von Brunnen, sondern unter Einbezug und in Kooperation mit lokalen Partnern wie beispielsweise lokalen Organisationen, Selbsthilfegruppen, Kirchengemeinden oder Regierungsinstitutionen oder allgemein der *community*. Häufig werden mehrere Gruppierungen beziehungsweise lokale Partner als Stakeholder an der Umsetzung der Projekte beteiligt. Projekte mit lokalen Gemeindegruppen oder gemeindebasierten Initiativen, also Zusammenschlüssen verschiedener Gemeindemitglieder zu einem bestimmten Zweck und Ziel, werden als Graswurzelprojekte bezeichnet. Solche Projekte folgen *bottom-up*-Ansätzen, die eine dezentrale Entwicklungswirkung ausgehend von der Selbstorganisation auf der Gemeindeebene anstreben (vgl. Midgley 2010).

Es ist hierbei aber darauf hinzuweisen, dass der *community*-Begriff für die Beschreibung solcher Projekte oftmals gebraucht, jedoch nur selten klar definiert wird. So kommentieren Mansuri / Rao (2004):

Participatory projects are typically implemented in a unit referred to as a community. Most of the literature on development policy uses the term *community* without much qualification to denote a culturally and politically homogeneous social system or one that at least implicitly is internally cohesive and more or less harmonious, such as an administratively defined locale (tribal area or neighborhood) or a common interest group (community of weavers and potters). [...] What is labeled a community is often an endogenous construct defined by the parameters of a project, by project facilitators, or by the nature of administrative or identity boundaries rather than an organic form (S. 8).

Die Grenzen der *communities* sind in den Projekten nicht immer klar geografisch oder konzeptionell zu fassen, was zu fehlgeleiteten Schlüssen über die zugrunde gelegten *communities* führen kann. Ein unkritischer Gebrauch des Begriffes kann beispielsweise lokale ökonomische und soziale Machtstrukturen verdecken, die allerdings für Projekte von großer Bedeutung sind (vgl. ebd.). Nach Kreissl (2004) lässt sich der Begriff der *community* beziehungsweise Gemeinschaft über die Gegenüberstellung zur Gesellschaft hinaus nur schwerlich ins Deutsche übertragen, während sich im Englischen die Bedeutungen von Gemeinschaft, Öffentlichkeit und Gruppe überschneiden. »Das Territoriale amalgamiert mit dem politischen, Sozialen und Kulturellen in einer langen Tradition« (S. 37). So

ist *community* Gemeinde, Kommune und Gemeinschaft zugleich. Für die vorliegende Arbeit scheint Max Webers Begriff der »Nachbarschaftsgemeinschaft« und der darauf aufbauenden »Gemeinde« am treffendsten zu sein, da damit sowohl die räumliche als auch die gemeinschaftliche und politische Dimension der Selbstverwaltung der *community* erfasst werden (vgl. 2002, S. 215 ff.).

Hinsichtlich der Art der Partizipation kann konzeptionell zwischen *community-based* und *community-driven development* unterschieden werden, wobei es sich dabei weniger um scharfe analytische Differenzierungskategorien handelt, als vielmehr um eine idealtypische Kategorisierung verschiedener Ansätze der Gemeindeentwicklungsarbeit. Das Hauptunterscheidungsmerkmal der Ansätze liegt Mansuri / Rao (2004, S. 1 f.) zufolge in der Verwaltung und Verfügungsmacht über die Finanzen der Entwicklungsprojekte. Mit Partizipation ist damit der Einbezug von Mitgliedern einer bestimmten Zielgruppe in Aspekte des Projektdesigns und deren Implementierung gemeint. Über einen Einbezug lokaler Wissensbestände durch die Beteiligung der vor Ort lebenden Menschen in Entscheidungsprozesse sollen die Projekte als Ausdruck von *voice and choice* einer selbstbestimmten Entscheidung durchgeführt und initiiert werden, die zu einer Reihe positiver Effekte führen soll.

Zusammenarbeit und Partizipation implizieren darüber hinaus grundsätzlich, dass die lokalen Adressatinnen und Adressaten von Entwicklungsprojekten aktiv in die Ausgestaltung und Umsetzung derselben eingebunden und beteiligt werden sollen, anstatt materielle Hilfe nur passiv zu empfangen. Sie sollen einen praktischen Beitrag zu diesen Projekten beisteuern, zum Beispiel durch ihre Arbeitskraft, Zeit oder lokale Ressourcen. Zudem soll die Effektivität der Entwicklungsvorhaben durch die Nutzung lokaler Wissensressourcen erhöht werden, wie etwa durch den Einbezug der lokalen Bevölkerung in die Identifikation zentraler Probleme und möglicher Lösungsansätze (vgl. Cook / Kothari 2001; Mansuri / Rao 2004). Damit einher geht die Überzeugung, dass durch einen derartigen, partizipativen Ansatz die Eigentümerschaft (*ownership*) der lokalen Bevölkerung für die Entwicklungsprojekte gesteigert werden kann, da die Betroffenen persönlich an der Planung und Umsetzung beteiligt sind. Dadurch soll eine nachhaltige Wirkung der Projekte erreicht werden, indem die erreichten

Ziele durch die Bevölkerung aufrechterhalten und angestoßene Prozesse fortgeführt werden. Dieser Idee folgend wird gefordert, dass die Projekte, ihre Ziele und Umsetzung nicht von außen aufoktroziert werden, sondern von den Beteiligten selbst kommen. Daneben werden die Ansätze der Partizipation und Indigenisierung unter anderem dafür kritisiert, dass sie lokale Machtstrukturen festigen und darüber hinaus Projektkosten auf die lokale Bevölkerung übertragen werden (vgl. Cook / Kothari 2001; Mansuri / Rao 2004).

Weitere Kritik richtet sich an bestimmte Aspekte der praktischen Umsetzung von Partizipation. So kann die Beteiligung unter Umständen kostspielig sein, die Umsetzung dringender Projekte verzögern sowie physische und psychische Belastung darstellen, da die betreffenden Personen ihre Interessen möglicherweise gegenüber sozial und finanziell Bessergestellten behaupten müssen. Partizipative Projekte können zudem eine pragmatische *low-cost*-Entwicklungszusammenarbeit fördern, durch die langfristige Ziele zugunsten kurzfristiger Erfolge untergraben werden können und sogar eine Form der ›Zwangsarbeit‹ darstellen, wenn insbesondere arme Menschen zur Erbringung von Beteiligungsleistungen gedrängt werden. Abschließend bleibt festzuhalten, dass partizipative Ansätze allen beteiligten Akteuren Vorteile verschaffen können, diese jedoch im Rahmen einer Evaluation des Partizipationsprozesses selbst, ebenso wie an ihrem *impact* gemessen werden müssen (vgl. Mansuri / Rao 2004, S. 6 f.).

Die transnationale Entwicklungszusammenarbeit ist ein komplexes Feld mit vielen verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen, gemeinnützigen wie auch profitorientierten Akteuren. Zu diesen zählen Spender und Geber, transnationale Entwicklungsorganisationen, Gutachtern und Gutachterinnen, staatliche Einrichtungen und lokale Nichtregierungsorganisationen und die Nehmer, verkörpert durch die lokale Bevölkerung als Adressaten von Hilfe. Partizipation und Zusammenarbeit bedeuten deshalb gleichermaßen Dialog und gegenseitiges Ernstnehmen der Deutungsmuster und Lebenswirklichkeiten der jeweiligen Partner, wodurch im Idealfall Machtasymmetrien zwischen den Partnern abgebaut werden sollen (vgl. Homfeldt / Schmitt 2011; Rehlau / Lutz 2007, S. 35 ff.). Die Aufgabe der Sozialen Arbeit als Entwicklungszusammenarbeit ist es nicht, folgt

man den erwähnten Ansätzen, die Menschen zu belehren, sondern sie als gleichberechtigte Partner wahrzunehmen. Es kommt jedoch vor, dass die Ideale und Projektziele von Entwicklungsorganisationen nicht mit den lokalen Strukturen, Rollenzuordnungen und Zielen übereinstimmen. Durch solche Diskrepanzen werden Aushandlungsprozesse nötig, in denen Mitarbeitende von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit versuchen, ihren lokalen Partnern potentielle Gefahren oder Risiken ihres Handelns, zum Beispiel hinsichtlich der negativen Auswirkungen bestehender Geschlechterungleichheiten, der Nutzung von verunreinigtem Wasser oder der möglichen Übertragungswegen von HIV, so veranschaulichen müssen, dass diese selbst zur Einsicht gelangen sollen und bestimmte Handlungsoptionen abwägen. Darüber hinaus sollen zur Entwicklung beitragende Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und Sachmittel zu deren Realisierung zu Verfügung gestellt oder lokal mobilisiert werden (vgl. Wagner 2013a).

3. Aufbau und Gliederung der Arbeit

Vor dem skizzierten Hintergrund richtet sich der Blick der vorliegenden Arbeit auf die Umsetzung der Fördermaßnahmen von *communities*, die insbesondere im Zuge der HIV- und AIDS-Epidemie in großem Maßstab angestoßen und heute mehr denn je von zahlreichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und vor allem von Nichtregierungsorganisationen in ihren Projekten umgesetzt werden. Die Frage, die dabei im Zentrum des Interesses steht, bezieht sich darauf, wie international agierende Nichtregierungsorganisationen mit lokalen *communities* zusammenarbeiten. Zur Beantwortung dieser Frage wird mittels empirischen Materials aus einer Feldforschung im östlichen und südlichen Afrika das Phänomen des *doing grassroots* als die Organisation und ›Herstellung‹ von *communities* in der Entwicklungszusammenarbeit beschrieben und analysiert.

Aufbauend auf die Einführung in die Thematik der internationalen Graswurzelarbeit im Zusammenhang mit der problematischen Lebenssituation vulnerabler Kinder in Subsahara-Afrika und das Konzept der gemeinwesenorientierten Entwicklungszusammenarbeit in *Teil I*, soll in *Teil II* ein Einblick in den dazu bestehenden Forschungsstand gegeben werden. Hierbei werden sowohl praxisnahe Untersuchungen besprochen, wie auch kritische Einschätzungen zur Graswurzel- und Entwicklungszusammenarbeit referiert. Der Schwerpunkt wird jedoch auf der Beleuchtung von Forschungsergebnissen zu Interaktions- und Aushandlungsprozessen zwischen den Akteuren der gemeinwesenorientierten Entwicklungszusammenarbeit liegen. Letztlich soll die Besprechung des Forschungsstandes dazu dienen, einen Referenzrahmen für die eigene Forschungsarbeit zu schaffen und deren Fragestellung zu spezifizieren.

In *Teil III* der Arbeit wird das verwendete ethnografische Erhebungsdesign dargelegt. Dabei werden sowohl die Eingrenzung des Untersuchungsfeldes und der zugrunde gelegte theoretisch-analytische Ansatz sowie der Forschungsfokus erläutert. Ebenso werden die Feldaufenthalte, die erhobenen Samples der Untersuchung und die eingesetzten Erhebungs- und Auswertungsmethoden, die primär aus Methoden der Befragung und der Beobachtung und der Analyse nach dem

Grounded Theory-Ansatz bestehen, besprochen. Abschließend werden die Umsetzung des Erhebungsdesigns sowie die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten und damit einhergehenden Einschränkungen der Reichweite der Ergebnisse kritisch reflektiert.

Teil IV stellt den empirischen Kern der Arbeit dar. Hier werden nach einer einführenden Erläuterung des Forschungsfeldes die empirischen Ergebnisse unterteilt in drei Hauptkapitel besprochen. *Kapitel 10*, das erste Kapitel des empirischen Teils der Arbeit, befasst sich mit Annäherungsprozessen der NGO an die Gemeinden. Durch diese Annäherung wird eine ›Kommunisierung‹ vorangetrieben, die einerseits eine ›Vergemeindung‹ der Mitarbeitenden der NGO bezeichnet, darüber hinaus aber auch eine Gemeinschaftsbildung zwischen NGO-Mitarbeitenden und Gemeindemitgliedern beschreibt. Daneben ist mit der ›Vergemeindung‹ gleichfalls eine Gemeindebildung in der Adressierung bestimmter Werte und Normen der Gemeinden gemeint, die durch die Arbeit der NGO reproduziert werden.

In *Kapitel 11* wird die Organisierung von Gemeinden als formelle Anpassungsprozesse an die NGO und die erweiterte Geberstruktur besprochen. Die *communities* werden durch die Zusammenarbeit mit der NGO organisiert, indem sie bestimmte Organisationsstrukturen und standardisierte Arbeitspraktiken annehmen. Dies soll einerseits der Effektivitätssteigerung der dadurch geschaffenen Gruppen dienen. Andererseits ermöglicht diese Rationalisierung und ›Vergesellschaftung‹ selbst erst eine Zusammenarbeit mit der NGO, anderen Geberorganisationen und staatlichen Einrichtungen.

Letztlich, so die Argumentation der Arbeit *Kapitel 12* des empirischen Teils der Arbeit, werden in den Projekten Aushandlungen der beteiligten Akteursgruppen um Ressourcen und die Eigentümerschaft sowie die damit verbundene Verantwortung über die Projekte notwendig. Es wird gezeigt werden, wie die Beteiligten die Rollen innerhalb der Projekte definieren und mit welchen Mitteln die NGO versucht, die *communities* durch eine Beteiligung und damit einhergehenden Übernahme der Eigentümerschaft der Projekte zu aktivieren. Die einzelnen empirischen Kapitel schließen jeweils mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse ab.

Abschließend werden in *Teil V* die zentralen Ergebnisse der einzelnen Kapitel des empirischen Teils zusammengefasst und hinsichtlich der Forschungsfragen besprochen. Es wird gezeigt werden, wie die NGO und die Gemeindegruppen gemeinsame Graswurzelprojekte herstellen. Dieses *doing grassroots* stellt dabei Prozesse einer so bezeichneten Grenzarbeit dar, in welchen sich die Akteure wechselseitig annähern, um sich aneinander anschlussfähig zu machen. Diese Grenzarbeit besteht darüber hinaus zu einem bedeutenden Teil in der Aushandlung von Verantwortlichkeiten für die Projekte.